

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 14/7296, 14/7447 –**

**Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der  
gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA  
auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen  
und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001)  
und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag spricht sich für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA, so wie es im Antrag der Bundesregierung vom 7. November 2001 (Drucksache 14/7296) formuliert ist, aus. Er begrüßt die von der Bundesregierung zur Klarstellung ihres Antrages abgegebene Protokollerklärung einschließlich der Zusicherung, dass die Bundesregierung spätestens nach einem halben Jahr dem Deutschen Bundestag einen bilanzierenden Gesamtbericht über den Einsatz der bewaffneten deutschen Streitkräfte vorlegen wird.

Dieser Einsatz sowie notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit entsprechen unserem existentiellen Interesse an einer erfolgreichen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Denn nur so lässt sich unsere Zivilbevölkerung vor weiteren Terrorangriffen, die auch unser Land treffen können, schützen. Gleichzeitig müssen wir die Offenheit und Freiheit unserer Gesellschaft sowie Frieden und Stabilität auch für die nachfolgende Generation verteidigen.

Deutschland ist fest verankert in einer westlichen Wertegemeinschaft, in der die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie ein Leben in Freiheit und in einer rechtsstaatlichen Ordnung unumstößliche Prinzipien darstellen. Die Bewahrung dieser Werte verlangt Wehrhaftigkeit und Bündnistreue.

2. Der Deutsche Bundestag lehnt jedoch die Verknüpfung der Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG mit der Abstimmung über den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA ab: Ein zustimmendes Votum wäre eine Vertrauenserklärung für die gesamte Politik des Bundeskanzlers. Hierzu ist der Deutsche Bundestag angesichts der verfehlten Politik der Bundesregierung insgesamt nicht bereit.

Berlin, den 16. November 2001

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**